

- Arbeitsfassung -

Gemeinde Tiefenbach - Landkreis Passau

Änderung des Flächennutzungsplans m. integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt Nr. 13 (i. S. „Sondergebiet Sonnenenergie Eicht“)

Verfahrensvermerke:

1. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom **25.01.2018** gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Änderung des Flächennutzungsplans m. integr. Landschaftsplan beschlossen. Der Änderungsbeschluss wurde am **19.02.2018** ortsüblich bekannt gemacht.
2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf in der Fassung vom **06.02.2018** hat in der Zeit vom **27.02.2018** bis **03.04.2018** stattgefunden. Dies wurde am **19.02.2018** ortsüblich bekannt gemacht.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf in der Fassung vom **06.02.2018** hat in der Zeit vom **27.02.2018** bis **03.04.2018** stattgefunden.
4. Zu dem Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans m. integr. Landschaftsplan in der Fassung vom **19.04.2018** wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom **04.05.2018** bis **06.06.2018** beteiligt.
5. Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans m. integr. Landschaftsplan in der Fassung vom **19.04.2018** wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom **04.05.2018** bis **06.06.2018** öffentlich ausgelegt. Dies wurde am **26.04.2018** ortsüblich bekannt gemacht.
6. Die Gemeinde hat mit Beschluss des Gemeinderats vom **28.06.2018** die Änderung des Flächennutzungsplans m. integr. Landschaftsplan in der Fassung vom **14.06.2018** festgestellt.

Tiefenbach, den **05. Juli 2018**

Gemeinde Tiefenbach

Georg Silbereisen

Georg Silbereisen, 1. Bürgermeister



7. Der Antrag auf Genehmigung zur Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan mit Deckblatt Nr. 13 ist am 12. Juli 2018 vollständig beim Landratsamt Passau eingegangen. Für das Deckblatt Nr. 13 ist die Genehmigungsfiktion nach § 6 Abs. 4 Satz 4 BauGB eingetreten. Die Unterlagen wurden mit Schreiben vom 5. Dezember 2018 – Az. 61.0.01/FP an die Gemeinde zurückgegeben.

8. Ausgefertigt

Tiefenbach, den 07. Januar 2019

Gemeinde Tiefenbach

Christian Fürst

Christian Fürst, 1. Bürgermeister



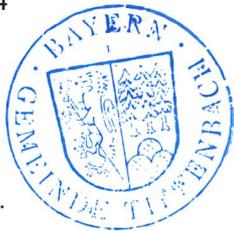
9. Die Mitteilung über den Eintritt der Genehmigungsfiktion für das Deckblatt Nr. 13 wurde am **07.01.2019** gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die Änderung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Das Deckblatt Nr. 13 zum Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan ist damit rechtswirksam. Auf die Rechtsfolge des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und §§214 und 215 BauGB wird hingewiesen.

Tiefenbach, den 07.01.2019

Gemeinde Tiefenbach

Christian Fürst

Christian Fürst, 1. Bürgermeister



Gemeinde Tiefenbach - Landkreis Passau

Änderung des Flächennutzungsplans m. integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt Nr. 13 (i. S. „Sondergebiet Sonnenenergie Eicht“)

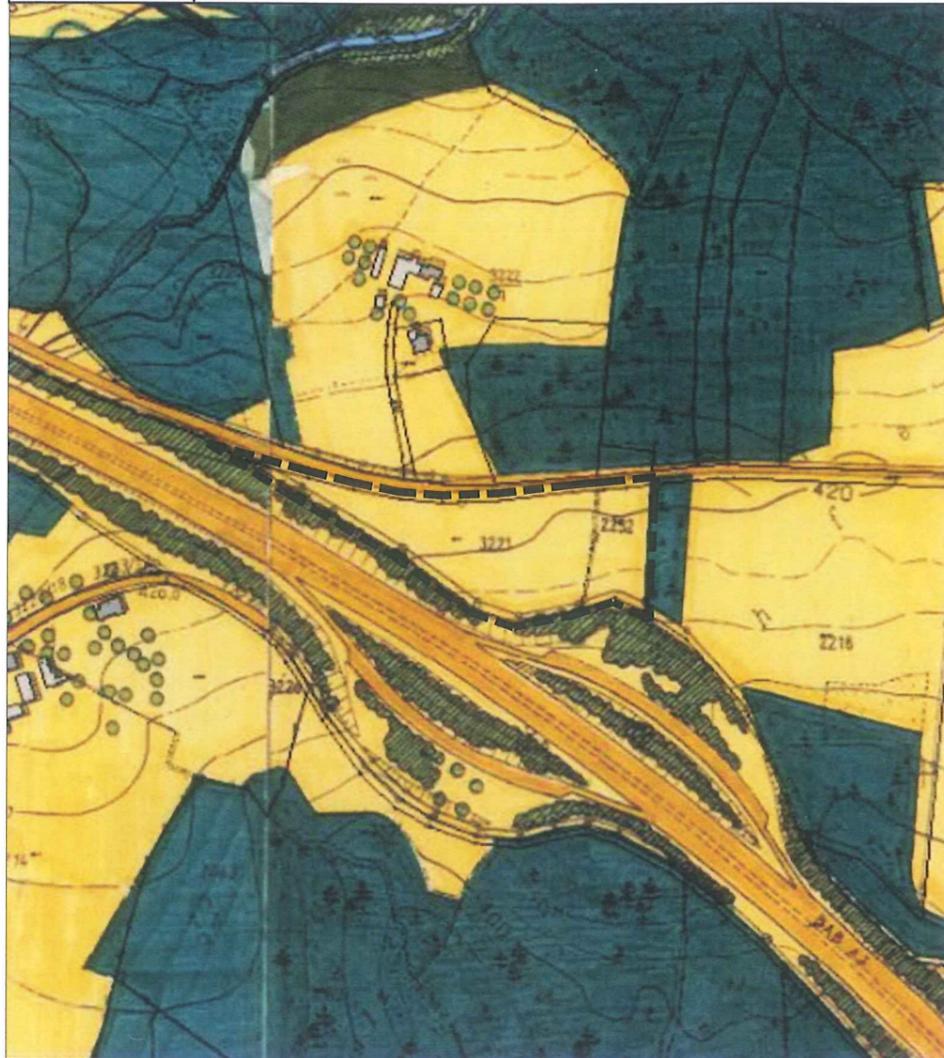
Übersicht zu den Unterlagen:

Planungsstand v. 14.06.2018

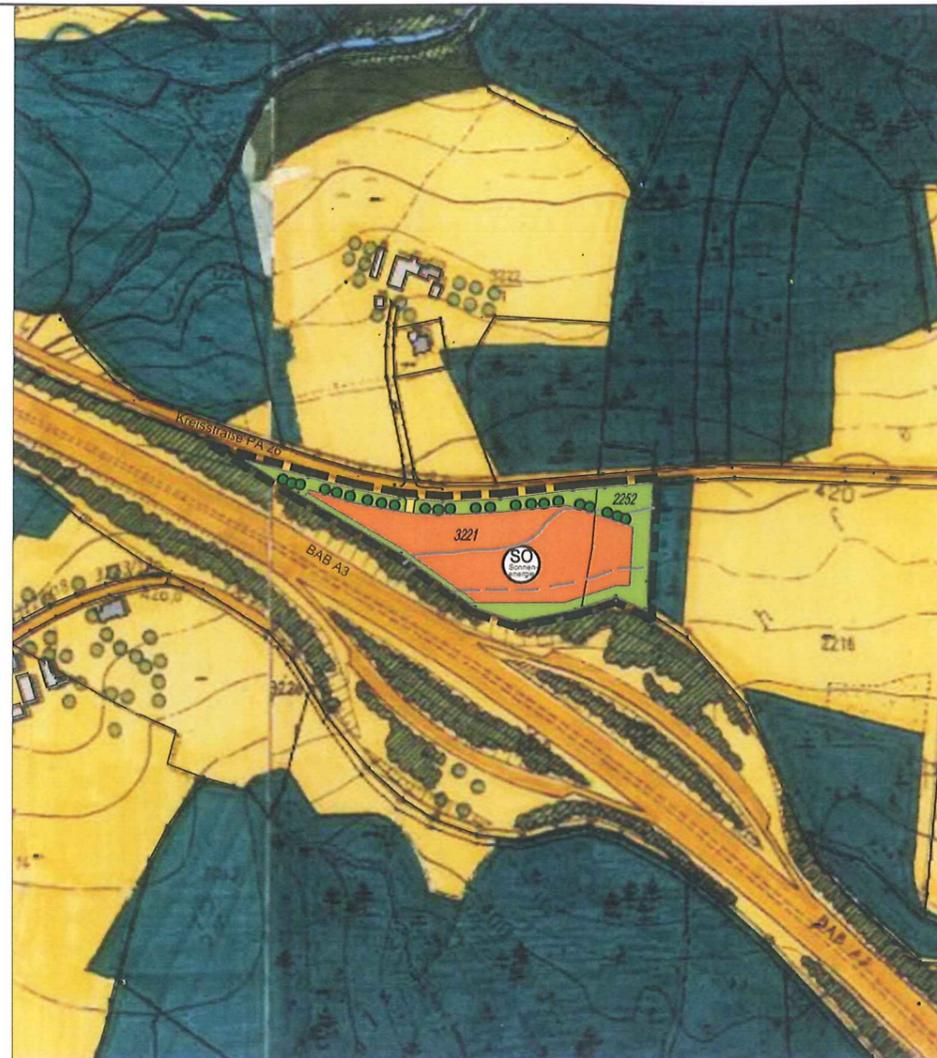
lt. Feststellungsbeschluss v. 28.06.2018

- Plan Stand vor und nach Änderung
1 x bisher. rechtskräftiger Stand, 1 x Darstellung Änderung durch Deckblatt 13
und Legende/ planl. Festsetzungen
 - Begründung mit Umweltbericht insgesamt 13 Seiten
und Anlagen Übersichtskarten Gemeindegebiet i.S. Alternativenprüfung
-

bisher. rechtskräftiger Stand des Flächennutzungsplans m. integr. Landschaftsplan



Stand nach der Änderung durch Deckblatt 13



	ART DER BAULICHEN NUTZUNG		SONSTIGE PLANZEICHEN UND ERLÄUTERUNGEN
	Sondergebiet sonstiger Art (§ 11 BauNVO) (Sonnenenergienutzung)		Geltungsbereich der Änderung
	Baubestand		LANDSCHAFTSSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE
	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT		gliedernde, abschirmende, ortsrandgestaltende Freiflächen, mögliche Ausgleichsflächen
	Fläche für die Landwirtschaft	Bäume, Obstgärten, Feldgehölze, Hecken-Verbuschung, Feuchtgebiete	Ein- und Durchgrünung von Baubieten, Straßenbegleitgrün (Lage und Darstellung symbolhaft)
	Waldflächen		
	ÜBERÖRTLICHER VERKEHR UND ÖRTLICHE HAUPTVERKEHRSZÜGE		
	Hauptstraße mit Bezeichnung BAB Bundesautobahn hier A3 PA 26 Kreisstraße PA 26		

Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt Nr.13 (i.S. Sondergebiet Sonnenenergie "Eichet")

Stand vor und nach der Änderung durch Deckblatt 13

Gemeinde Tiefenbach, Landkreis Passau

Datum: 06.02.2018/
19.04.2018/ 14.06.2018

M 1 : 5000

Planungsbüro Inge Haberl
 Dipl. Inge Landschaftsarchitektin
 Deggendorfer Str. 32, 94522 Wallersdorf
 Tel.: (09933) 902013, Fax: (09933) 902014
 E-mail: Inge.Haberl@t-online.de

Änderung des Flächennutzungsplanes mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach

durch Deckblatt Nr. 13 -i. S. Sondergebiet für regenerative Energien- SO Sonnenenergie „Eichet“-

Begründung:

Der seit 21.12.1998 rechtswirksame Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach ist bisher durch 11 Deckblätter überplant worden. Es handelt sich hier um das dreizehnte Deckblatt.

Nach Beschluss des Gemeinderates von Tiefenbach vom 25.01.2018 soll der Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt 13 in der Lage an der Bundesautobahn A3 beim Parkplatz Eichet geändert werden, um ein Sondergebiet zur Nutzung regenerativer Energien- SO Sonnenenergie „Eichet“ auszuweisen. Parallel dazu erfolgt die Änderung Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt 12 zur Sondergebietsausweisung SO Sonnenenergie „Buch“.

1. Anlass, Zielsetzung und Beschreibung der Planung

Planungsanlass/ Zielsetzung

Auf den bisherigen landwirtschaftlichen Nutzflächen nördlich der BAB A3 (Flurnr. 3221 und 2252 jeweils Gemarkung Kirchberg soll eine Freiflächenphotovoltaikanlage errichtet werden und zwar auf einer Fläche von ca. 1,536 ha als Sondergebiet Sonnenenergie Eichet incl. rahmender Grünflächen/ Ausgleichsmaßnahmen (laut konkretisierender Planung im Bebauungs- und Grünordnungsplan). Hierzu soll der Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan dementsprechend geändert werden durch Deckblatt 13.

Die Gemeinde Tiefenbach unterstützt damit aktiv die Förderung alternativer Energien, wie sie auch von Seiten des Staates über das Erneuerbare -Energien- Gesetz (EEG) gewünscht und gefördert werden. Das Gemeindegebiet verfügt bereits über einige Dachanlagen auf privaten und z.T. auch öffentlichen Gebäuden. Eine Freiflächenphotovoltaikanlage gibt es bisher nicht im Gemeindegebiet aufgrund der bisher. Grundsatzbeschlüsse aus den Jahren 2009 (bzw. 2012). Die Gemeinde hat sich im Nov./Dez. 2017 aufgrund der Anträge der örtl. Landwirte/ Grundstückseigentümer und der Fa. Envalue GmbH Hofkirchen erneut mit der Thematik der Freiflächenphotovoltaikanlagen im Bauausschuss und im Gemeinderat befasst und den Beschluss v. 24.09.2009 aufgehoben.

Es soll laut Beschluss des Gemeinderats v. 19.12.2017 nun die Entwicklung von Freiflächenphotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet von Tiefenbach auf der Basis des EEG (und des IMS vom Jan. 2011) innerhalb des 110 m Korridors entlang der Bundesautobahn A3 zugelassen werden. Dagegen sollen entlang der B85 sowie im Bereich des Ilztales keine Freiflächenphotovoltaikanlagen zugelassen oder genehmigt werden.

Um dieser Zielsetzung Rechnung zu tragen und eine baldige Umsetzung zu erreichen, wird der Flächennutzungs- und Landschaftsplan mit Deckblatt Nr. 13 geändert und parallel dazu auch noch mit Deckblatt 12 für ein weiteres Sondergebiet zur Sonnenenergienutzung „Buch“. Zudem werden parallel dazu die Bebauungs- und Grünordnungspläne zum Sondergebiet Sonnenenergie „Buch“ und „Eichet“, Gemeinde Tiefenbach aufgestellt.

Die gepl. Sondergebiete liegen innerhalb des 110 m Korridors entlang der Bundesautobahn A3 in der auf der Basis des EEG (und des IMS vom Jan. 2011) Freiflächenphotovoltaikanlagen möglich sind, falls diese nicht im Konflikt zu anderen Zielen stehen.

Die geplante Fläche des Sondergebiets „Eichet“ liegt nördlich der Bundesautobahn ca. auf Höhe des Parkplatzes Eichet und schließt an die Kreisstraße PA 26 an. Die Fläche wurde bisher landwirtschaftlich als Grünland genutzt.

Die Lage ist hier bereits durch die technische Struktur der Autobahn geprägt (mit entspr. Lärmaufkommen). Auch ist die Lage geeignet im Hinblick auf die geringe Wirkung auf das Umfeld/ Landschaftsbild bzw. ohne erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter.

Ausgangssituation/ bisher. Planung im rechtskräftigen Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan

Der überplante Bereich ist bisher im rechtsgültigen Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan als Flächen für die Landwirtschaft eingetragen.

Änderungen durch Deckblatt 13

Es wird ein sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO mit Zweckbestimmung zur Nutzung erneuerbarer Energien: Sonnenenergienutzung - Kurz: „SO Sonnenenergie“ ausgewiesen für den Bereich der gepl. Freiflächenphotovoltaikanlage (eingezäunter Bereich) mit ca. 0,99 ha. Flächen im Umgriff werden im Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan als gliedernde, abschirmende, ortsrandgestaltende Freiflächen, mögliche Ausgleichsflächen eingetragen. Der Änderungsbereich umfasst das gepl. Sondergebiet mit Ausgleichsflächen mit ca. 1,536 ha.

2. Vorgaben aus übergeordneten Planungen/ sonstigen Grundlagen

Im Landesentwicklungsprogramm Bayern kurz: LEP Stand 01.09.2013 sind hierzu folgende Ziele bzw. Grundsätze aufgenommen:

„6.2 Erneuerbare Energien

6.2.1 Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien (Z)

Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen.“ und

„6.2.3 Photovoltaik

(G) In den Regionalplänen können Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen festgelegt werden.

(G) Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden.“

Außerdem ist dort aufgenommen:

„3.3 Vermeidung von Zersiedelung

(G) Eine Zersiedelung der Landschaft und eine ungegliederte, insbesondere bandartige Siedlungsstruktur sollen vermieden werden.

(Z) Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen.“

In der Begründung dazu ist u.a. erörtert: „Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Biomasseanlagen sind keine Siedlungsflächen im Sinne dieses Ziels“:

Das heißt für diese „Anlagen“ gilt das früher anzuwendende „Anbindungsgebot“ an geeignete Siedlungseinheiten nicht mehr in der Weise.

Der Regionalplan der Region 12 Donau-Wald macht für die Änderungsbereich keine spezifischen, der Änderungsplanung im Zuge des Flächennutzungs- und Landschaftsplandeckblatts ggfs. widersprechende Aussagen. Tiefenbach ist als Kleinzentrum, das dem Mittelbereich Passau zugehört, aufgenommen. Es sind hier keine Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung von Bodenschätzen oder landschaftlichen Vorbehaltsgebiete oder Bereiche mit Trenngrün oder zum Hochwasserschutz ausgewiesen. Lediglich die Ausschlussbereiche für Windkraftanlagen reichen in diesen Bereich hinein.

Im Flächennutzungsplan m. integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach sind die beiden gepl. Bereiche zur Sonnenenergienutzung als landwirtschaftliche bzw. forstwirtschaftliche Nutzflächen eingetragen ohne weitere der geplanten neuen Nutzung grundsätzlich widersprechende Aussagen.

3. Vorgaben laut EEG und der Ausführungen

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG 2017 (vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Art. 2 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2532) geändert worden ist, bildet die Grundlage für die gepl. Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen.

Photovoltaik-Freiflächenanlagen nach dem EEG 2017 sind demnach möglich/ förderfähig auf versiegelten Flächen, Konversionsflächen, Seitenrandstreifen (110 Meter) entlang Autobahnen und Schienenwegen und Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Kleinere Anlagen bis zu einer max. Leistung von 750 kWp sind ohne Ausschreibung möglich und erhalten eine Festvergütung für einen Zeitraum von 20 Jahren. Freiflächenanlagen mit einer installierten Leistung von insgesamt mehr als 750 Kilowatt innerhalb einer Gemeinde können ausschreibungsfrei betrieben werden, und zwar laut aktuellem EEG § 24 wenn jeweils 24 Kalendermonate abgelaufen sind oder der Zwei-Kilometer-Radius zwischen den Anlagen eingehalten wird.

4. Entwicklungskorridor und Alternativenprüfung

Aufgrund der konkreten Anträge zur gepl. Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen Bereich „Eichet“ und „Buch“ entlang der BAB A3 hat sich der Bauausschuss und der Gemeinderat Ende 2017 erneut mit der Thematik auseinandergesetzt.

Die gepl. Entwicklung eines Sondergebiets hier im Bereich „Eichet“ bzw. parallel auch im Bereich „Buch“, um hier dann die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlagen zu ermöglichen, behindert nicht weitere Entwicklungen im Gemeindegebiet und steht vor allem auch nicht im Konflikt mit übergeordneten Planungen und Vorgaben, sondern trägt diesen Rechnung.

Die Gemeinde verfügt bisher in Relation zu Bezirk/ Landkreis über einen geringeren Anteil erneuerbarer Energien.

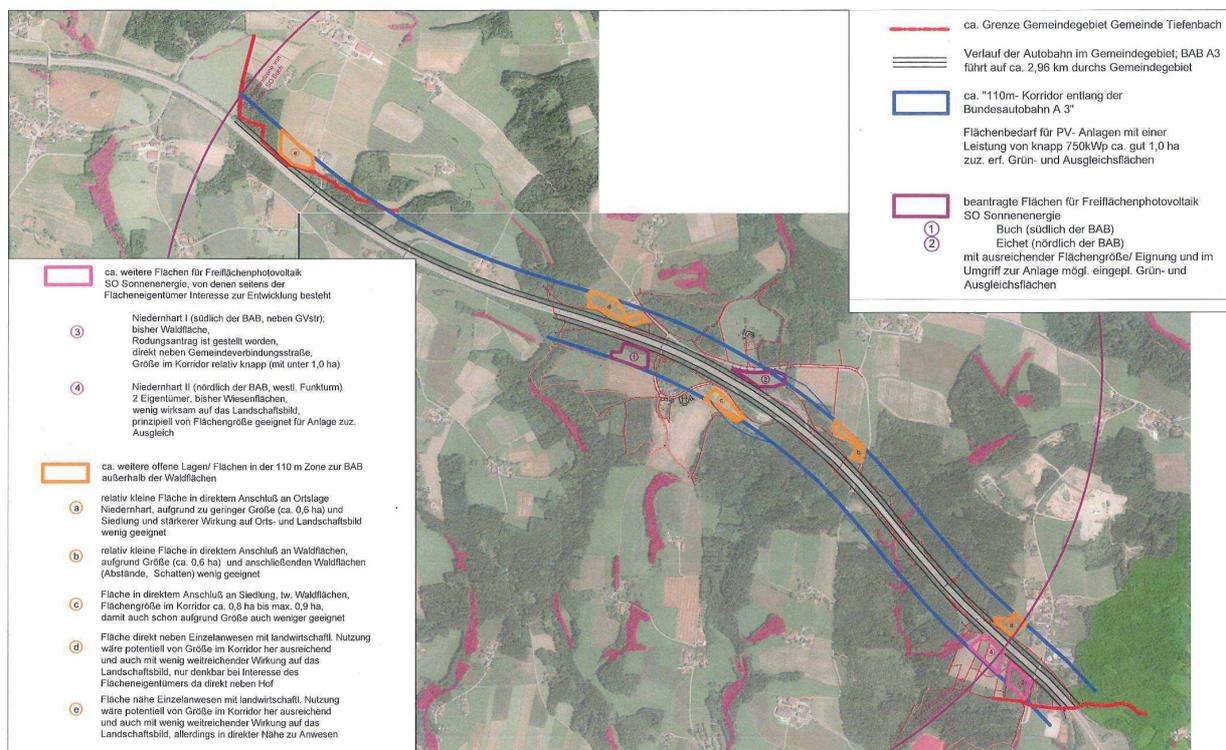
Hierzu ein Blick auf die Energiebilanz laut Energymap (Stand 24.08.2015; Quelle: www.energymap.info; weitere Auswertungen gibt es dort leider seit 2016 nicht mehr, da dort sich seit der Anlagenregisterverordnung über die zugängliche Datenbasis keine halbwegs realistische Analyse mehr machen lässt), aus der die nachfolgenden Zahlen entnommen sind. Das Gebiet der Gemeinde Tiefenbach weist hier einen Anteil an erneuerbaren Energien von 25% auf. Zum Vergleich Bundesrepublik Deutschland 26 %, Bayern: 26%, Niederbayern: 45 %, Landkreis Passau: 44 %.

Bei einer Fläche von ca. 50 km² und 6687 Bürgern ist in der Gemeinde Tiefenbach dort der Stromverbrauch mit 49.483 MWh/Jahr angegeben. Demgegenüber steht eine Produktion an erneuerbaren Energien im Gebiet der Gemeinde Tiefenbach von 12.385 MWh/Jahr, die überwiegend durch Solarstrom (10.671 MWh/Jahr) erzeugt werden und zwar durch eine große Zahl von Dachanlagen (ca. 699) kommen. Des Weiteren werden aus Wasserkraft 1.625 MWh/Jahr (über 8 Anlagen) erzeugt und aus Biomasse 88 MWh/Jahr (über 2 Anlagen). Alle Angaben sind Stand Aug. 2015; Quelle: www.energymap.info

Es soll die Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien unterstützt werden- auch in Form der Sonnenenergienutzung über die Entwicklung von Freiflächenphotovoltaikanlagen. Prinzipiell möglich sind im Gemeindegebiet aufgrund der Rahmenbedingungen des EEG und des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats von Tiefenbach, in der 110 m Zone entlang der Bundesautobahn.

Betrachtet wurde im Hinblick auf die vorliegende Planung und eine Alternativenprüfung damit insbesondere der 110 m Korridor an der Bundesautobahn, in der auch die Einspeisevergütung für Freianlagen laut EEG gewährt wird, so ergeben sich ein paar wenige theoretisch geeignete bzw. mögliche Bereiche (vgl. dazu Anlage M 1: 15.000 zum Flächennutzungsplan m. integriertem Landschaftsplan und nachfolgende verkleinerte Übersicht mit Luftbild und Biotopkartierung aus FINView im Hintergrund), wobei hier grundsätzlich die Vorgaben des § 24 EEG bezüglich Anlagenzusammenfassung zu beachten sind.

Die Bundesautobahn A3 führt ca. auf 2,96 km Länge durch das Gemeindegebiet.



Größere bzw. längere Abschnitte im Gemeindegebiet entlang der BAB A 3 fallen schon aufgrund der anschließenden größeren Waldflächen (aufgrund der vorliegenden Nutzung, die es zu erhalten gilt). Weitere Abschnitte sind aufgrund der geringen Größe (auch im Hinblick auf Rentabilität) schon wenig interessant.

Die geplanten Standorte „Buch“ und „Eichet“ umfassen zusammen gut 2,2 ha (eingezäunte Fläche der Photovoltaikanlagen bzw. 3 ha Geltungsbereiche Sondergebiet inkl. Ausgleichsflächen). Sie liegen beide in den potentiell denkbaren Abschnitten und besitzen eine gute Eignung für die geplante Sondernutzung unter anderem durch die Größe und Lage der Fläche an der Bundesautobahn A3 im „110 m-Korridor“ und hierbei in Bereichen, in denen Konflikte mit anderen Nutzungen und insbesondere dem Naturhaushalt (Arten- und Biotopschutz) vermieden und bezüglich Landschaftsbild/ Erholung möglichst gering gehalten werden können, so dass keine gravierenden Veränderungen der Umweltbedingungen verbunden sind.

Zu 2 weiteren Bereichen bei Niedernhart nahe der Gemeindegrenze zu Passau besteht Interesse seitens der Flächeneigentümer. Hiermit bzw. bezüglich des weiteren Vorgehens zum

Thema Freiflächenphotovoltaikanlagen in der 110 m Zone an der BAB hat sich der Gemeinderat bisher noch nicht weiter befasst. Die grundsätzliche weitere Vorgehensweise soll in der März Sitzung des Gemeinderats erörtert werden.

5. Begründung entsprechend § 1 a Abs. 2 Satz 4 BauGB bzw. § 1 Abs. 3 Satz 5:

Mit der Änderung des BauGB 2013 wurde die Begründungspflicht für die Inanspruchnahme landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen mit aufgenommen.

Der hier überplante Bereich ist bisher überwiegend landwirtschaftlich als Grünland genutzt bzw. war bisher mit einem Fichtenforst bestockt. Entsprechend der Vorgaben des EEG ist eine Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen nur auf versiegelten Flächen, Konversionsflächen, Seitenrandstreifen (110 Meter) entlang Autobahnen und Schienenwegen und Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (bzw. mit der Änderung 2017 nach der Öffnung der Flächenkulisse auch in geringem Umfang Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten) förderfähig. Nach Gemeinderatsbeschluss von Ende 2017 sollen Freiflächenphotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet nur in der 110 m Zone zur Bundesautobahn zugelassen werden, was die Inanspruchnahme von bisher landwirtschaftl. (bzw. ggfs. auch bisher. forstwirtschaftl.) genutzten Flächen bedingt.

Die Flächen gehen bei der Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage der landwirtschaftlichen Nutzung nicht dauerhaft verloren, zumal die Flächen nur zum geringen Teil versiegelt werden und ansonsten als Wiese angesät werden und beweidet oder abgemäht werden, somit nur extensiver als Extensivwiese bzw. ggfs. auch Weide innerhalb der Einzäunung weiter genutzt werden können. Zudem stehen die Flächen nach einem Rückbau der Freiflächenphotovoltaikanlage wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung und während der Nutzung für die Freiflächenphotovoltaik wird der Boden geschont (kein Dünge- und Spritzmitteleinsatz; keine Bodenerosion durch fläch. Bodenbedeckung).

Bei der Auswahl der Flächen für Ausgleichsmaßnahmen werden agrarstrukturelle Belange ebenfalls mit berücksichtigt. Es wird hierfür die umgebende bleibende Fläche um das Sondergebiet genutzt, welche landwirtschaftlich von Größe/ Form, Ertragsfähigkeit usw. weniger attraktiv ist, als evtl. eine Ausgleichsfläche an anderer Stelle. Außerdem erfolgt die Bewirtschaftung im Rahmen der Pflege der Flächen über den örtl. Landwirt/ Eigentümer der Fläche und zwar überwiegend als extensive Wiese. Zudem kann/ soll sich wieder Wald entwickeln v.a. über natürliche Sukzession (auf der abgeholzten Waldfläche nach Käferbefall) außerhalb der Freiflächenphotovoltaikanlage, so dass hier eine naturnahe, gemischte und damit stabilere Waldfläche mit einer naturnahen Waldrandzone entstehen kann, was sowohl forstwirtschaftlichen als auch naturschutzfachlichen Belangen mit Rechnung trägt.

6. Erschließung und Brandschutz

Die Fläche des Sondergebiet „SO Sonnenenergie Eicht“ liegt neben der Kreisstraße PA 26, über die diese auch angefahren werden kann. Es wird eine Einbindung / Zufahrt eingeplant etwa im mittleren Bereich der Anlage, wo nach beiden Seiten die beste Sicht besteht. Bei der gepl. Ausdehnung des Sondergebiets inkl. Einzäunung und rahmender Eingrünung wird den erforderlichen Bauverbotszonen/ Abstandszonen zur Kreisstraße Rechnung getragen. Anschlüsse an das Trinkwasser- bzw. Abwassernetz sind nicht erforderlich. Die Stromspeisung ist über das Netz der Bayernwerk AG geplant, der Einspeisepunkt ist noch nicht konkret festgelegt. Eine Versorgung mit Löschwasser ist nicht erforderlich, dazu ist aufgrund der elektr. Anlagen die Verwendung eines geeigneten Löschmittels sinnvoll/ erforderlich, das der örtl. Feuerwehr bereitgestellt werden soll. Es wird hierzu auf die DIN VDE 0132 „Brandbekämpfung im Bereich elektrischer Anlagen“ verwiesen und die Verwendung von Kohlendioxidlöschern empfohlen.

Feuerwehren sind im Gemeindegebiet von Tiefenbach in Tiefenbach, Haselbach und Kirchberg v. Wald vorhanden. Außerdem liegt die Feuerwehr in Schalding links der Donau (Stadt Passau) in räumlicher Nähe und im Bereich der Alarmierungskette, so dass die Hilfsfrist nach Art. 1.1

der Bekanntmachung über den Vollzug des Bayer. Feuerwehrgesetzes eingehalten werden kann.

7. Naturschutzrechtliche Belange: Eingriffsregelung und artenschutzrechtliche Aspekte

Die seit dem 01.01.2001 durchzuführende naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der Bauleitplanung ist im Rahmen dieser Änderung durch Deckblatt Nr. 13 grundsätzlich anzuwenden. Die detaillierte Aufstellung ist in den Unterlagen zur Bebauungs- und Grünordnungsplanung beigefügt, die im Parallelverfahren aufgestellt werden. Mit dem Deckblatt Nr. 13 zum Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan eingetragenen rahmenden und ortsrandgestaltenden Freiflächen um die geplante Sondergebietsfläche im Gebiet -mit Heckenpflanzung im Norden zur besseren Eingrünung gegenüber der Sicht aus Norden/ von der Kreisstraße- soll insbesondere dem Grundsatz der Eingriffsminimierung und dem Ausgleichserfordernis Rechnung getragen werden.

Laut Leitfaden zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung ist die Fläche/ Maßnahme der Kategorie I (Gebiete mit geringer Bedeutung) und dem Typ B (niedriger bis mittlerer Versiegelungs- und Nutzungsgrad) zuzuordnen. Im Regelfall ist bei Freiflächen- photovoltaikanlagen (auch aufgrund der Voraussetzungen, wo diese aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen zulässig sind) ein Faktor von 0,2 anzusetzen, der hier auch zur Anwendung kommt. Weiter konkretisiert wird dies im Detail im Rahmen der Bebauungs- und Grünordnungsplanung, wo auch die Maßnahmen zur Eingriffsminimierung aufgezeigt werden und die Bilanzierung aufgezeigt wird und dann auch die Ausgleichsmaßnahmen und deren Anerkennung entsprechend konkretisiert wird. Die dort festgelegten Maßnahmen sind an das Landesamt für Umweltschutz zu melden und zu sichern.

Die Planung betrifft bisher intensiv landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen und greift nicht in Schutzgebiete/ geschützte Bereiche nach Bundesnaturschutzgesetz bzw. Bayer. Naturschutzgesetz ein. Vorkommen besonders geschützter Arten nach § 44 BNatSchG liegen nicht vor. Es sind keine Verbotstatbestände entsprechend § 42 Abs. 1 BNatSchG zu erwarten bzw. zu verzeichnen.

8. Umweltbericht

Der laut § 2a BauGB erforderliche Umweltbericht ist als Teil II der Begründung angefügt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit der geplanten Sondergebietsentwicklung keine erheblichen nachhaltigen Auswirkungen auf die Schutzgüter verbunden sind.

aufgestellt
Wallersdorf, 06.02.2018/ 19.04.2018
14.06.2018

Gemeinde Tiefenbach, 06.02.2018/ 19.04.2018
14.06.2018


Planungsbüro Inge Haberl
Landschaftsarchitektin, Wallersdorf

1.Bgm. Georg Silbereisen
Gemeinde Tiefenbach

Teil II der Begründung :

Umweltbericht (vgl. § 2a BauGB) Änderung des Flächennutzungsplanes mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach

durch Deckblatt Nr. 13 -i. S. Sondergebiet für regenerative Energien- SO Sonnenenergie „Eichet“-

1. Einleitung

1a Kurzdarstellung der Ziele u. Inhalte der Änderung des Flächennutzungsplans mit integr. Landschaftsplan

Um die Nutzung der Sonnenenergie durch Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage bei Buch zu ermöglichen, soll auf einer Teilfläche von Flurnr. 3221 und 2522 jeweils Gemarkung Kirchberg ein sonstiges Sondergebiet für die Nutzung regenerativer Energien -kurz: „SO Sonnenenergie“ ausgewiesen werden auf ca. 0,99 ha Fläche zuz. der rahmenden Grünflächen, die hier als Ausgleich eingeplant sind. Der Bereich ist bisher als landwirtschaftliche Nutzfläche im Flächennutzungsplan m. integr. Landschaftsplan dargestellt.

Hinweis: Geplant ist ein weiteres Sondergebiet zur Nutzung regenerativer Energien südlich der Bundesautobahn A3 in der 110 m bei Buch, wozu parallel die Änderung durch Deckblatt 12 erfolgt.

1b Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung entsprechend § 1 a Abs. 3 BauGB ist im Zuge der vorliegenden Planung gemäß Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft- ergänzte Fassung 2003“ und Schreiben des Staatsministeriums des Innern zu Freiflächenphotovoltaikanlagen v. 19.11.2009 anzuwenden.

Das Landesentwicklungsprogramm Bayern 2013 und das EEG 2017 sehen die Förderung erneuerbarer Energien vor - u.a. in sog. vorbelasteten Gebieten wie z.B. hier an der Bundesautobahn.

Im von der Planung betroffenen Bereich des Gemeindegebiets sind keine Schutzgebiete nach Naturschutzrecht (wie Naturschutz-, Landschaftsschutzgebiet, FFH- oder SPA- Gebiet usw.) bzw. als Überschwemmungsgebiet oder zum Grundwasserschutz, o.ä. ausgewiesen. Kartierte Biotop nach Biotopkartierung Bayern sind ebenfalls nicht betroffen/ beeinträchtigt durch die Planung.

Im Regionalplan sind auch keine der Planung widersprechenden Aussagen eingetragen.

Im Arten- und Biotopschutzprogramm des Landkreises Passau werden für die Lage des gepl. Sondergebiets gemacht am nördlichen Rand des „regionalen Entwicklungsschwerpunkts o“ (entlang der Donau bis ca. der BAB A3 im Norden), in dem der Erhalt und weitere Entwicklung der Donaueisentäler zu strukturreichen, naturbetonten Biotopkomplexen unter Rücknahme von Fichten entlang der häufig im Wald verlaufenden Bachabschnitte anzustreben ist. Sonst sind hier keine spezifischen Planungsaussagen enthalten bzw. sind hier keine der Planung grundsätzlich widersprechende Aussagen/ Ziele auch im Landschaftsplan der Gemeinde enthalten.

Es sind aufgrund der naturräumlichen Ausstattung und der intensiven land- bzw. forstwirtschaftlichen Nutzung des Änderungsbereichs bzw. der angrenzenden Lagen keine wertvollen, geschützten Lebensräume und auch keine besonders geschützten Pflanzen- oder

Tierarten erfasst, so dass auch keine Konflikte mit artenschutzrechtlichen Belangen zu erwarten sind. Im Hinblick auf Arten des Anhangs IV der FFH- Richtlinie 92/43/EWG den europäischen Vogelarten entsprechend Art. 1 VRL, die den Vorschriften laut Bundesnaturschutzgesetz § 44 BNatSchG unterliegen, sind durch die geplante Ausweisung des Sondergebiets zur Sonnenenergienutzung in Form von Freiflächenphotovoltaikanlagen keine Verbotstatbestände § 42 Abs. 1 BNatSchG entsprechend zu verzeichnen. Für das Vorliegen eines Verbotstatbestands müsste entsprechend § 42 Abs. 1 (2) BNatSchG zudem eine erhebliche Störung vorliegen, durch die sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Es werden keine wertvollen Habitatstrukturen/ Lebensräume zerstört, die den vorher genannten besonders geschützten Arten als Fortpflanzungs- und Ruhestätten dienen.

2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

2a Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes und der Umweltmerkmale

Der Änderungsbereich liegt neben dem Parkplatz Eichet direkt nördlich der Bundesautobahn A3 in der 110 m Zone zur BAB in bisher einer landwirtschaftlich als Grünland genutzten Lage.

Es handelt sich um Böden geringer bis mittlerer Ertragsfähigkeit.

Es werden keine naturschutzrechtlich geschützten, ökologisch bedeutsamen oder besonders sensiblen Bereiche wie FFH- Gebiet, gepl. NSG, landschaftliche Vorbehaltsgebiete laut Regionalplan oder sonstige geschützte Bereiche wie Bachtäler/ Überschwemmungsbereiche o.ä.) betroffen bzw. beeinträchtigt.

Das Gebiet ist kaum wirksam auf das Landschaftsbild, da durch und von der Autobahn (über die Böschung abgeschirmt) bzw. in einer Lage liegend, die geprägt ist durch land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen (auch mit größeren zusammenhängenden Waldflächen im Umfeld) , so dass keine weiterreichende Einsehbarkeit gegeben ist, nur lokal v.a. entlang der Kreisstraße im Abschnitt entlang des gepl. Sondergebiets.

Bei Nichtdurchführung der Planung ändert sich gegenüber dem Ist- Zustand bezüglich der Nutzung wenig, die Flächen blieben landwirtschaftlich als Intensivgrünland. Allerdings könnte dann die angestrebte Förderung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung entsprechend der Zielsetzung der Regierung – hier speziell die Nutzung der Sonnenenergie in Form einer Freianlage nicht erfolgen.

2b Entwicklungsprognose des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Ausweisung eines Sondergebiets bereitet den Schritt zu einer Veränderung zwar vor, allerdings wird er erst mit der nächsten Planungsebene – Bebauungs- und Grünordnungsplan konkreter planerisch festgelegt und später umgesetzt.

Durch die geplante neue Nutzung – die in der vorliegenden Planung als Sondergebiet eingeplant ist, wird eine bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche durch eine neue Nutzung beansprucht und damit – zumindest vorübergehend für die eingepl. Laufzeit der Freiflächenphotovoltaikanlage der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen (gepl. sind ca. 25 Jahre bis ca. 35 Jahre), sie steht nach Ende der Sondergebietsnutzung allerdings in der Folge wieder der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Der Boden bleibt allerdings nach wie vor erhalten bzw. geschont (durch dauernde Bodenbedeckung und ohne Dünge- und Spritzmitteleinsatz), ebenso die Durchlässigkeit in punkto Wasserhaushalt. Die Auswirkungen auf Klima/ Luft sind sehr gering und nur lokal auf das Kleinklima innerhalb der Anlage. Die Nutzung erneuerbarer Energien hier die Produktion von Strom aus Sonnenenergie stellt auch ein Beitrag die Folgen des Klimawandels zu reduzieren / geringzuhalten (vgl. Ziele EEG)

Bezüglich Wirkung auf Schutzgut Mensch sind nur lokal im direkten Umgriff der techn. Anlage und in geringem Umfang zu verzeichnen im Hinblick auf Lärm nur kurzfristig während der Bauphase bzw. durch Trafo in direktem Umfeld, abgesehen davon, dass das Lärmaufkommen durch die Bundesautobahn bereits den Bereich bestimmt bzw. dass die Siedlung zudem nach abgerückt ist. Analoges gilt für elektr. Felder, die sich auf das Sondergebiet beschränken. Die Auswirkungen im Hinblick auf den Aspekt der Erholung sind ebenfalls gering, zumal es sich um kein Erholungsgebiet handelt bzw. dieser Aspekt nur von lokaler Bedeutung ist.

Die Maßnahme wirkt sich insbesondere aufgrund des spezifischen Erscheinungsbilds bzw. der Flächendimension zur freien Landschaft zwar auf das Landschaftsbild aus, wobei beim gewählten Standort eine Fernwirkung der Anlage nicht gegeben ist, nur eine ganz beschränkte lokale Einsehbarkeit. Außerdem sind zur besseren Einbindung in das Landschaftsbild Heckenpflanzungen außerhalb der eingez. Anlage rahmend mit eingeplant, um auch die kleinräumige Wirkung auf das Landschaftsbild mit zu mindern.

Kultur- und Sachgüter sind nicht betroffen.

Im Hinblick auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen bzw. Biotopvernetzung, ergeben sich durch die größere zusammenhängende extensiv genutzte Fläche mit extensiven Wiesen, Hecken und Saumzone statt bisher. Intensivgrünlandfläche durch die Änderung Aufwertungen.

Die Fläche geht durch die geplante Sondergebietsnutzung nicht dauerhaft verloren, sondern kann nach Beendigung wieder land- bzw. forstwirtschaftlich genutzt werden. Sogar während der Nutzungsdauer als Freiflächenphotovoltaikanlage steht der Großteil der Flächen einer zwar extensivierten land- und forstwirtschaftl. Nutzung im Rahmen der Pflege (in der eingezäunten Anlage und v.a. auf den Ausgleichsflächen) zur Verfügung (Berücksichtigung der agrarstrukturellen Belange).

Betrachtung der Bauphase

Die Bauphase für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage ist in der Regel sehr kurz und innerhalb von 1 bis wenigen Wochen errichtet. In dieser Phase ist mit kurzer „Beunruhigung“ in Form von höherem Verkehrsaufkommen, und etwas Baulärm (Anlieferung der und Rammen bzw. Schrauben der Punktfundamente für Modultische und Einfriedung) zu rechnen. Die nachfolgende Gestaltung/ Entwicklung der Ausgleichsflächen stellt sich nicht gravierend anders dar als die bisher übliche landwirtschaftliche Bewirtschaftung.

Betrieb und evtl. Emissionen, Abfälle o.ä.

Es sind mit dem Betrieb der gepl. Freiflächenphotovoltaikanlage keine spezif. Emissionen, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung usw. verbunden, es entstehen keine Abfälle durch den Betrieb der Photovoltaikanlage. Es werden nur zugelassene Bauteile (Module, Trafos, Wechselrichter usw.) verwendet. Zum Ende der Betriebszeit ist ein ordnungsgemäßer Rückbau/ Entsorgung festgelegt.

Wechselwirkungen/ Risiken

Es sind auch unter Betrachtung eventueller Wechselwirkungen keine erheblichen, nachteiligen Wirkungen auf die Schutzgüter zu erwarten. Mit dem Vorhaben sind keine besonderen Risiken für die menschl. Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt verbunden

Kumulierung

Es sind keine weiteren Vorhaben/ Planungen im Umfeld bekannt, außer der parallel gepl. Entwicklung einer 2. Freiflächenphotovoltaikanlage „Sondergebiet Sonnenenergie Buch“. Auch unter Betrachtung dieser Maßnahme sind keine Umweltprobleme zu erwarten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Flächenbeanspruchung für eine neue Nutzung stellt den Hauptteil des Eingriffs in den Naturhaushalt dar. Die Nutzung erneuerbarer Energien trägt den Zielen des Klimaschutzes mit Rechnung (EEG 2017; LEP 2013). Die geplante Entwicklung des Sondergebiets mit Maßnahmen zur Einbindung in die Landschaft und zum Ausgleich bringt bei entsprechender Umsetzung der Bauleitplanung keine erheblichen, bleibenden Veränderungen/ Verschlechterungen gegenüber dem Bestand/ Ausgangszustand

und im Hinblick auf die Schutzgüter mit sich, auch nicht unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen, der Kumulierung bzw. im Rahmen der Bauphase usw.

2c geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen

Es sind mit der gepl. Entwicklung eines Sondergebiets zur Sonnenenergienutzung in der eingepl. Lage keine erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen verbunden, zumal bereits im Vorfeld entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich getroffen werden:

- keine Beeinträchtigung naturschutzfachlich sensibler Bereiche für die neue Nutzung Sondergebiet
- Achten auf eine möglichst gute Einpassung in das Landschaftsbild schon durch die Standortwahl (mit nicht weitreichender räumlicher Wirkung) bzw. durch rahmende Heckenpflanzungen im Norden gegenüber der Einsehbarkeit von der Kreisstraße aus in Kombination mit zurückgesetzte Einzäunungen geringe Anlagenhöhe usw. über Regelungen im Zuge der Bebauungs- und Grünordnungsplans
- Geringhalten der versiegelten Flächen für die Erschließung durch Verwendung der bisherigen Zufahrten usw. und bei der Freiflächenphotovoltaikanlage durch die Ausführung der Anlage an sich
- Einplanung der erforderlichen Ausgleichsflächen gleich rahmend in Verbindung mit dem gepl. Sondergebiet

2d anderweitige Planungsmöglichkeiten

Ein Belassen der bisher. Planung entspricht nicht den Zielsetzungen der Gemeinde in Abstimmung mit den Zielen der Grundstückseigentümer bezüglich der weiteren Entwicklung insbesondere im Hinblick auf einen zu leistenden Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energien- speziell der Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung in einer Freiflächenphotovoltaikanlage.

Die Ausweisung als sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO entspricht dem Nutzungstyp des Gebietes und bezieht auch die erforderlichen Maßnahmen zur Einbindung in die Landschaft und zum Ausgleich mit ein. Bei der Betrachtung auf Gemeindegebietsebene gibt es die Möglichkeit einer Angliederung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in dem 110 m Korridor entlang der Bahnlinie und der Bundesautobahn A3 (aufgrund der Einspeisevergütung nach EEG).

Die 2. Möglichkeit - der möglichen Anbindung an die Bahnlinie - wurde im Rahmen der vorliegenden Planung nicht im Detail untersucht, zumal die reaktivierte Ilztalbahn mehr eine Funktion als „Freizeitbahn“ hat und auch in weiteren Abschnitten durch landschaftliches Vorbehaltsgebiet führt bzw. auch Teil eines Landschaftsschutzgebiets ist LSG -00089.01 „Schutz des Landschaftsteils Ilztal im Bereich des Stadt- und des Landkreises Passau“ so dass Planungen auf diese Zielsetzungen abzustimmen sind und diese Bereiche nicht zu einer Sondergebietsentwicklung heranzuziehen sind, wie auch seitens des Gemeinderats beschlossen. Abgesehen davon, dass es die durch das Gemeindegebiet führende Bundesautobahn A3 gibt, die nicht mit anderen Zielsetzungen kollidiert und an der eine Anbindung in der 110 m Zone entsprechend EEG möglich ist, ohne gravierende Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild.

Prinzipiell gibt es vgl. dazu auch Ausführungen unter 4) der Begründung zum aktuellen Flächennutzungs- und Landschaftsplandeckblatt (und zur Begründung im parallel dazu in Aufstellung befindlichen Bebauungs- und Grünordnungsplan) grundsätzlich noch ein paar wenige geeignete Bereiche entlang der durch das Gemeindegebiet verlaufenden Trasse der

Bundesautobahn mit evtl. ähnlicher Eignung, allerdings auch deutlich weniger geeignete/ ungeeignete (von Flächengröße, aufgrund Waldflächen, pot. anschl. Siedlungsbereichen).

2e Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe j BauGB;

Es sind mit dem Vorhaben – Entwicklung eines Sondergebiets zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage - und aufgrund der umgebenden Nutzungen keine besonderen Auswirkungen bzw. Anfälligkeiten (nach dem laut BBP zulässigen Vorhaben) für schwere Unfälle und Katastrophen zu erwarten.

3 zusätzliche Angaben

3a Technische Verfahren bei der Umweltprüfung

Es wird die naturschutzrechtl. Eingriffsregelung im Zuge des Verfahrens angewandt. Parallel mit Deckblatt Nr. 13 zum Flächennutzungsplan mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach wird auch bereits der Bebauungs- und Grünordnungsplan zum Sondergebiet Sonnenenergie Eichtet aufgestellt, wo die konkrete Bilanzierung und Regelung für die Ausgleichsmaßnahmen erfolgt.

Spezielle Gutachten liegen nicht vor.

Allerdings sind u.a. die Daten des Fachinformationssystems Naturschutz (FIS-Natur), des Arten- und Biotopschutzprogramms, des Bodeninformationssystems, des Bayer. Denkmalatlas, des Regionalplanes und des Landesentwicklungsprogramms ausgewertet worden.

3b Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung (Monitoring)

Aufgrund der Art der Planung – Ausweisung eines Sondergebiets im Flächennutzungsplan (in Verbindung mit der parallel durchgeführten konkretisierenden Planung im Bebauungs- und Grünordnungsplan) und der nicht erheblichen zu erwartenden Umweltauswirkungen sind hier keine speziellen Überwachungsmaßnahmen erforderlich.

3c allgemein verständliche Zusammenfassung

Die vorliegende Planung im Deckblatt Nr.13 zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach trägt dazu bei, die gepl. Entwicklung - die Nutzung regenerativer Energien hier über Sonnenenergie- abzustimmen und in den entsprechenden rechtlichen Planungsrahmen zu bringen. Die Ausweisung als Sondergebiet ermöglicht die geplanten baulichen Maßnahmen in Kombination mit einer geordneten Einpassung in die Landschaft und einer Realisierung des erforderlichen Ausgleichs.

Es sind damit keine erheblichen nachteiligen bleibenden Veränderungen der Umweltauswirkungen verbunden sowohl während des Baus bzw. des Betriebs oder im Hinblick auf Wechselwirkungen für Schutzgüter:

Mensch/ Gesundheit, Pflanzen und Tiere/ Biotope, Boden, Wasser, Luft/ Klima, Landschaftsbild/ Erholung als bez. der Kultur- und Sachgüter und des Schutzguts Fläche. Bezüglich Pflanzen/ Tiere/ Biotope wird im Zuge der Umsetzung der Änderungsplanung gegenüber dem Ausgangszustand (Intensivgrünland) sogar eine Aufwertung erzielt. Langfristig steht nach dauerhafter Aufgabe der Sondergebietsnutzung die Fläche wieder der landwirtschaftl. Nutzung.

3d Quellen

BNatSchG: Gesetz über Naturschutz und Landespflege (Bundesnaturschutzgesetz- BNatSchG) vom 29.Juli 2009 (BGBl S.2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.Sept. 2017 (BGBl. I S.3434)

BayNatSchG: Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl S. 82, BayRS 791-1-U), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 372) geändert worden ist

FFH-Richtlinie: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen - zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013 anlässlich des Beitritts Kroatiens zur Europäischen Union.

BAYSTMLU / BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN, STMLU (2004): Arten- und Biotopschutzprogramm Bayern, Landkreis Passau.

Auszug aus Biotopkartierung Bayern Flachland über FinView und weitere Umweltinformationen über FinView, Bayer. Landesamt für Umweltschutz, Abruf v. Jan. 2018,

Auszug aus dem Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete (IÜG) des Bayer. Landesamtes für Umwelt, Augsburg.

Bayerischer Denkmalatlas, Geoportal Bayern, <http://geoportal.bayern.de/bayernatlas>

REGIERUNG VON NIEDERBAYERN (2007): Arbeitshilfe zur speziellen artenschutz-rechtlichen Prüfung (saP) für den Regierungsbezirk Niederbayern. Teil I: Europarechtlich geschützte Arten (Arten des Anhangs IV FFH- Richtlinie). Info-Brief Nr. 03/07

LFU / BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT (2014): Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) bei der Vorhabenszulassung – Internet-Arbeitshilfe. www.lfu.bayern.de/natur/sap/index.htm bzw. www.lfu.bayern.de/natur/sap/arteninformationen.

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN: Bauen im Einklang mit Natur- und Landschaft: Ein Leitfaden (Ergänzte Fassung). München 2003

OBERSTE BAUBEHÖRDE IM BAYER. STAATSMINISTERIUM DES INNENER; FÜR BAU UND VERKEHR: Der Umweltbericht in der Praxis, München ergänzte Fassung v. 2007

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT: Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen Augsburg, 2014

BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.Sept. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 20.Juni 2017 (BGBl. I S.2808)

Muster-Einführungserlass zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt und zu weiteren Änderungen des Baugesetzbuchs (BauGBÄndG 2017 – Mustererlass)

Regionalplan Region 12 Donau-Wald (in der Fassung v. 30.04.2016)

Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP Bayern) in Kraft getreten am 01.Sept.2013

aufgestellt

Wallersdorf, 06.02.2018/ 19.04.2018
14.06.2018

Gemeinde Tiefenbach , 06.02.2018/ 19.04.2018
14.06.2018

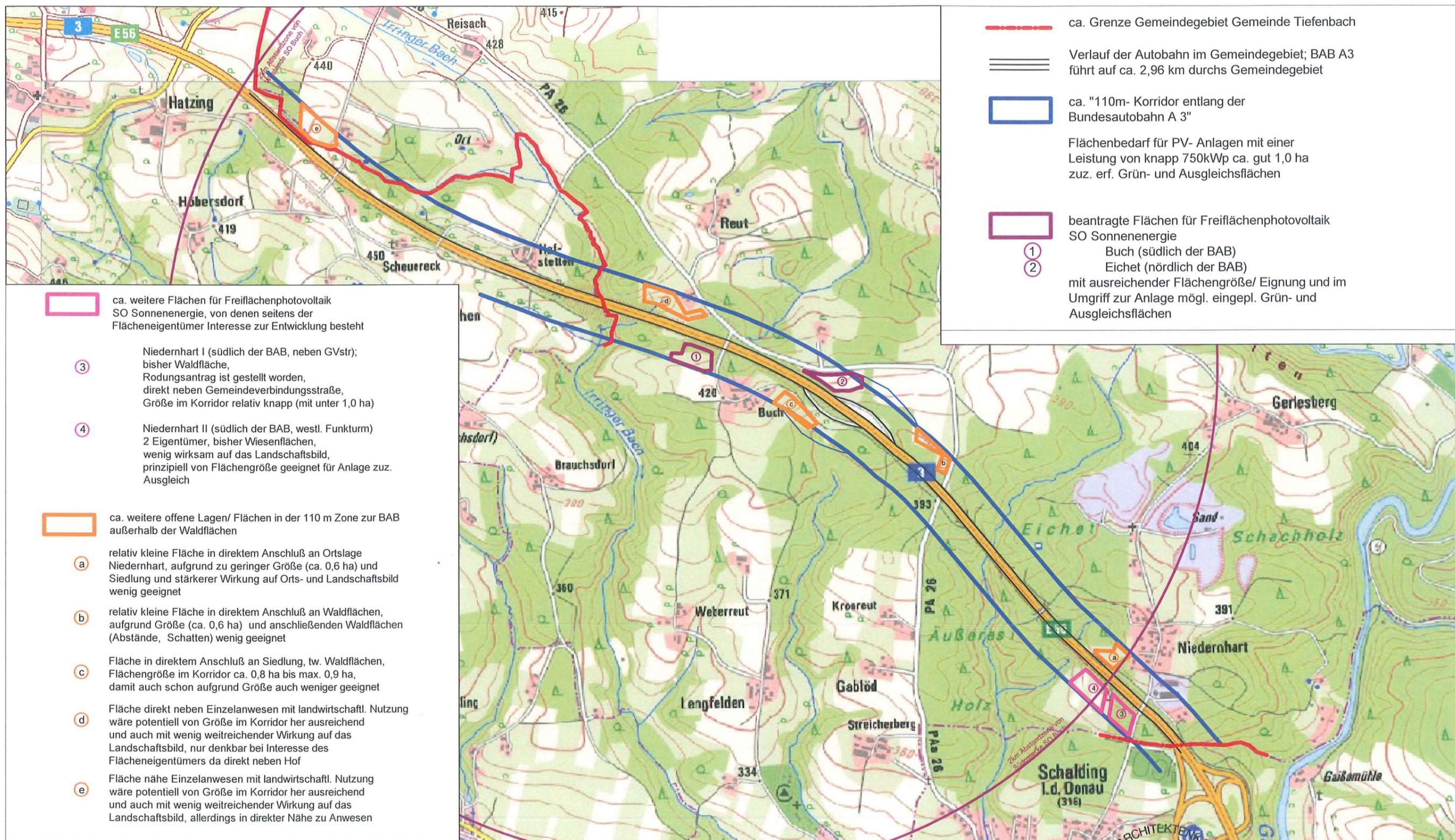


Planungsbüro Inge Haberl
Landschaftsarchitektin, Wallersdorf

1.Bgm. Georg Silbereisen
Gemeinde Tiefenbach

Gemeinde Tiefenbach
 hier: 110 m Zone entlang der BAB A3,
 in der laut Gemeinderatsbeschluss und EEG
 Freiflächenphotovoltaikanlagen zugelassen werden können

Anl 1:
 Übersichtskarte über
 Topographischer Karte
 im Hinblick auf Alternativenprüfung/
 theoret. Möglichkeiten in diesem Korridor



M ca. 1 : 15.000

Datum: 06.02.2018/ 19.04.2018/ 14.06.2018

Übersichtskarte

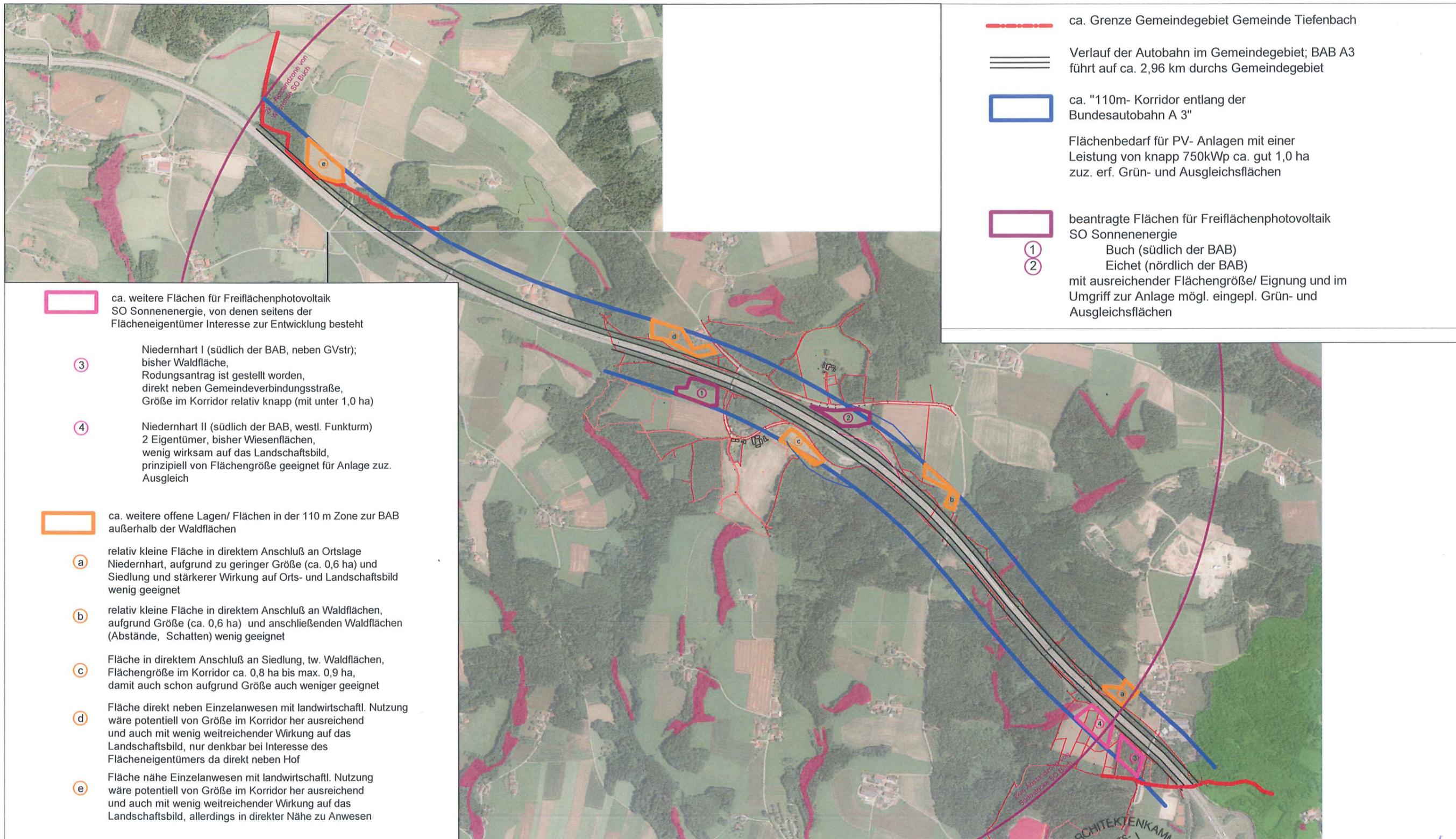
über Topograph. Karte (Bayer. Vermessungsverwaltung)

PLANUNGSBÜRO INGE HABERL
 Dipl. Ing. Landschaftsarchitektin
 Deggendorfer Str. 32, 94522 Wallersdorf
 Tel. (09933) 902013, Fax: (09933) 902014
 E-Mail: Inge.Haberl@t-online.de

152018

Gemeinde Tiefenbach
 hier: 110 m Zone entlang der BAB A3,
 in der laut Gemeinderatsbeschluss und EEG
 Freiflächenphotovoltaikanlagen zugelassen werden können

Anl 2:
 Übersichtskarte über
 Luftbild m. Biotopkartierung
 im Hinblick auf Alternativenprüfung/
 theoret. Möglichkeiten in diesem Korridor



M ca. 1 : 15.000

Datum: 06.02.2018/ 19.04.2018/ 14.06.2018
 Übersichtskarte
 über Luftbild m. Biotopkartierung, Schutzgebiet
 (Quelle FIS-Natur)

Planungsbüro Inge Haberl
 Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin
 Deggendorfer Str. 32, 94522 Wallersdorf
 Tel: (09933) 902013, Fax: (09933) 902014
 E-mail: Inge.Haberl@t-online.de

BAWÄHRISCHE ARCHITEKTENKAMMER
 LANDSCHAFTS-ARCHITEKT
 BY AK
 152 013
 KÖRPERSCHAFT DES OFFENEN

Inge Haberl

Änderung des Flächennutzungsplans m. integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt Nr. 13 (i. S. „Sondergebiet Sonnenenergie Eichet“)

Gemeinde Tiefenbach
Landkreis Passau
Reg.-Bezirk Niederbayern

Zusammenfassende Erklärung gem. § 6 a Abs. 1 BauGB

Dem wirksamen Flächennutzungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden, und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde (§ 6a Abs. 1 BauGB).

1. Beschreibung/ Ziel der Änderung des Flächennutzungsplans mit integr. Landschaftsplan

Die geplante Entwicklung dieses Sondergebiets (sonst. Sondergebiet nach § 11 BauNVO mit Zweckbestimmung „SO Sonnenenergie“) trägt der Zielsetzung Rechnung die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern und hier die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Zone entlang der Bundesautobahn zu ermöglichen. Der räumliche Geltungsbereich der Änderung erstreckt sich auf die Flurnummern 3221 und 2252, Gemarkung Kirchberg in der Lage südlich der Kreisstraße PA 26 neben der BAB A3 und umfasst ca. 1,536 ha für das gepl. Sondergebiet und die umgebenden rahmenden, gliedernden Grünflächen, die im Bebauungs- und Grünordnungsplan dann als Maßnahmen zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich eingeplant wurden. Das Gebiet war bisher als Fläche für die Landwirtschaft eingetragen im Flächennutzungsplan m. integr. Landschaftsplan. Die eingeplante Fläche zur Nutzung der Sonnenenergie liegt im nach EEG möglichen Korridor - 110 m Zone zu Autobahnen und Eisenbahnlinien- und ist aus Sicht der Gemeinde gut für diese Entwicklung geeignet. Die erforderlichen detaillierteren Regelungen und Festsetzungen für das Gebiet wurden auf der Ebene des Bebauungs- und Grünordnungsplans (im Parallelverfahren) getroffen.

Hinweise auf parallel erfolgte Planungen:

Die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes für das Sondergebiet Sonnenenergie „Eichet“ erfolgte dazu im Parallelverfahren zu dieser Änderung durch Deckblatt Nr. 13. Gleichzeitig dazu erfolgte die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes für das Sondergebiet Sonnenenergie „Buch“ im Parallelverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt Nr. 12.

2. Berücksichtigung der Umweltbelange

Die Umweltbelange wurden im Rahmen einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB berücksichtigt und im Umweltbericht nach § 2 a BauGB (= Anlage 1 zur Begründung) dokumentiert.

Geschützte Biotope oder andere Schutzgebiete nach BayNatSchG/ BNatSchG bzw. sonstige geschützte Bereiche (wie Wasserschutzgebiete, Bau- oder Bodendenkmäler o.ä.) sind nicht betroffen bzw. werden nicht beeinträchtigt. Vorkommen besonders geschützter Arten nach § 44 BNatSchG liegen in diesem Bereich nicht vor.

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung wurde im Rahmen der Bauleitplanung angewendet. Konkret festgelegt wurden die Ausgleichsflächen um das Sondergebiet dann im Bebauungs- und Grünordnungsplan. Die Flächenbeanspruchung für eine neue Nutzung stellt den Hauptteil des Eingriffs in den Naturhaushalt dar. Die Nutzung erneuerbarer Energien trägt den Zielen des Klimaschutzes mit Rechnung (EEG 2017; LEP 2013).

Nachfolgend werden die Ergebnisse des Umweltberichts im Bezug auf Betroffenheit und Berücksichtigung kurz zusammengefasst:

Belange der Umwelt	Art und Weise der Berücksichtigung
Schutzgut Mensch und Gesundheit	Keine Beeinträchtigungen gegeben gegenüber Ausgangssituation bez. Lärm, evtl. Einschränkungen der Erholung, oder sonst. Beeinträchtigungen
Schutzgut Tiere und Pflanzen	Landwirtschaftlich genutzte Fläche zwischen Kreisstraße und Bundesautobahn m. gehölzbestandener Böschung ohne spez. Bedeutung für Tiere und Pflanzen Aufwertung/ Verbesserung durch Maßnahmen der Eingriffsminimierung innerhalb der Anlage und außerhalb durch die eingepl. Ausgleichsmaßnahmen um die Anlage, insgesamt Zunahme extensiver Strukturen im räuml. Verbund
Schutzgut Boden	Beanspruchung der Fläche für eine neue Nutzung, Schutz des Bodens vor Erosion durchdauernde Bodenbedeckung; Erholung des Bodens durch Nutzung als extensive Wiese usw. ohne Düngung und Spritzmitteleinsatz
Schutzgut Fläche	Beanspruchung der Fläche für eine neue, andere Nutzung, allerdings geht die Fläche nicht dauerhaft verloren, sondern kann nach Rückbau wieder landwirtschaftlich genutzt werden
Schutzgut Wasser	Kein Eingriff in Gewässer oder Grundwasser, Oberflächenwasser kann in der Fläche verdunsten und versickern,
Schutzgut Luft und Klima	Keine wesentliche Auswirkung auf Kleinklima, Lage in der freien Landschaft mit umgebenden Waldflächen, Durchlässigkeit bei Nutzung (Freiflächenphotovoltaikanlage) weiterhin gegeben; Nutzung erneuerbarer Energien stellt Beitrag zum Klimaschutz dar
Schutzgut Orts- und Landschaftsbild	da Lage nur örtlich und nicht weiträumig einsehbar bzw. zur Kreisstraße eingegrünt keine gravierende Beeinträchtigung des Landschafts- und Ortsbilds
Schutzgut Kultur- und Sachgüter	Keine Beeinträchtigung im Hinblick auf Kultur- und Sachgüter gegeben durch Planung

Es sind damit keine erheblichen nachteiligen bleibenden Veränderungen der Umweltauswirkungen verbunden sowohl während des Baus bzw. des Betriebs oder im Hinblick auf Wechselwirkungen für Schutzgüter: Mensch/ Gesundheit, Pflanzen und Tiere/ Biotop, Boden, Wasser, Luft/ Klima, Landschaftsbild/ Erholung als bez. der Kultur- und Sachgüter und des Schutzguts Fläche. Bezüglich Pflanzen/ Tiere/ Biotop wird im Zuge der Umsetzung der Änderungsplanung gegenüber dem Ausgangszustand (Intensivgrünland) sogar eine Aufwertung erzielt. Langfristig steht nach dauerhafter Aufgabe der Sondergebietsnutzung die Fläche wieder der landwirtschaftl. Nutzung.

3. Planungsalternativen

Betrachtet man also die aufgrund des EEG Gesetzes mögliche Standorte

- (größerflächig) versiegelte Flächen
 - Konversionsflächen
 - Seitenrandstreifen 110 m entlang Autobahnen und Schienenwegen
 - und Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben,
- so gibt es nach diesen Kriterien im Gemeindegebiet von Tiefenbach ein paar weitere potentielle Standorte.

Ein Belassen der bisher. Planung entspricht nicht den Zielsetzungen der Gemeinde in Abstimmung mit den Zielen der Grundstückseigentümer bezüglich der weiteren Entwicklung insbesondere im Hinblick auf einen zu leistenden Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energien- speziell der Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung in einer Freiflächenphotovoltaikanlage. Die Ausweisung als sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO entspricht dem Nutzungstyp des Gebietes und bezieht auch die erforderlichen Maßnahmen zur Einbindung in die Landschaft und zum Ausgleich mit ein.

Bei der Betrachtung auf Gemeindegebietsebene von Tiefenbach gibt es die Möglichkeit einer Angliederung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in dem 110 m Korridor entlang der Bahnlinie und der Bundesautobahn A3 (aufgrund der Einspeisevergütung nach EEG).

Die 2. Möglichkeit - der möglichen Anbindung an die Bahnlinie ist aus Sicht des Gemeinderats und aufgrund der Bedeutung der Lage für Freizeit und Erholung (Ilztalbahn mit Funktion als „Freizeitbahn“) und der ökologischen, naturschutzfachlichen Bedeutung (landschaftliches Vorbehaltsgebiet; auch Teil eines Landschaftsschutzgebiets Ilztal) nicht anzustreben. Abgesehen davon, dass es die durch das Gemeindegebiet führende Bundesautobahn A3 gibt, die nicht mit anderen Zielsetzungen kollidiert und an der eine Anbindung in der 110 m Zone entsprechend EEG möglich ist, ohne gravierende Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild.

Prinzipiell gibt es (vgl. dazu auch Ausführungen unter 4) der Begründung zum Flächennutzungs- und Landschaftsplandeckblatt) grundsätzlich noch ein paar wenige geeignete Bereiche entlang der durch das Gemeindegebiet verlaufenden Trasse der Bundesautobahn mit evtl. ähnlicher Eignung, allerdings auch deutlich weniger geeignete/ ungeeignete (von Flächengröße, aufgrund Waldflächen, pot. anschl. Siedlungsbereichen).

4. Ablauf des Verfahrens

25.01.2018	Aufstellungsbeschluss; ortsüblich bekannt gemacht am 19.02.2018
15.02.2018	Billigung des Vorentwurfs v.06.02.2018
27.02.2018 bis 03.04.2018	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden, Nachbargemeinden und sonst. Träger öffentl. Belange zum Vorentwurf vom 06.02.2018 (Bekanntmachung v. 19.02.2018)
(19.04.2018 und) 26.04.2018	Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Billigung des Entwurfs und Auslegungsbeschluss (Bauausschuss und) Gemeinderat
04.05.2018 bis 06.06.2018	Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden, Nachbargemeinden und sonst. Träger öffentl. Belange zum Entwurf vom 19.04.2018 (Bekanntmachung v. 26.04.2018)
14.06.2018/ 28.06.2018	Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss

5. Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die **Beteiligung der Öffentlichkeit** § 3 (1) BauGB und § 3 (2) BauGB ergab keine Einwände.

Hinweise und Änderungswünsche aus der **Beteiligung der Träger öffentl. Belange** nach § 4 (1) BauGB und § 4 (2) BauGB wurden bei der Abwägung berücksichtigt. Häufig wurden die Stellungnahmen kombiniert zur Änderung des Flächennutzungsplans mit integr. Landschaftsplan und zur parallelen Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans abgegeben.

Die Regierung von Regierung von Niederbayern gab Hinweise bezüglich der Ziele und Grundsätze der Raumordnung im Hinblick auf das gepl. Sondergebiet und die zeitl. Befristung. Erfordernisse der Raumordnung stehen der Planung nicht entgegen. Es wurde noch der Hinweis gegeben, dass die Gemeinde darauf achten soll, dass keine zu starke Konzentration entsteht. In die gleiche Richtung gingen die Äußerungen des Regionalen Planungsverbands. Seitens der Abteilung Städtebau wurden fachl. Informationen vorgebracht. Der Kreisbrandrat verwies auf die DIN VDE 0132 und die Verwendung von Kohlendioxidlöschern, was in der Begründung entsprechend mit aufgenommen worden ist.

Die weiteren Äußerungen betrafen dann mehr die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes und wurden v.a. dort behandelt bzw. berücksichtigt :
Vom techn. Umweltschutz des Landratsamtes Passau wurde auf mögl. Blendwirkungen und die erforderl. Beteiligung der Straßenbaulasträger hingewiesen. Die Autobahndirektion Südbayern wie auch die Kreisstraßenverwaltung wurden beteiligt. Es wurde auch ein Blendgutachten erstellt, mit dem Ergebnis, dass eine Blendung der Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist.
Die Kreisstraßenverwaltung machte Hinweise zu Straßennetz, Verkehrsbelastung, Lärmschutz, Anbaubeschränkungen, Sichtfeldern, Privatzufahrten, Anpflanzungen, Oberflächenwässer und erläuterte, dass bei Beachtung dieser Aspekte keine Bedenken seitens der Kreisstraßenverwaltung bestehen. Diese Gesichtspunkte sind in der Planung berücksichtigt.
Die Autobahndirektion Südbayern äußerte sich bezüglich einzuhaltender Auflagen und Bedingungen zu Baugrenzen, einzuhaltenden Abständen zu Wildschutzzäunen, Begleitgrün an der BAB, Leitungen, Werbeanlagen, Ausschluss v. Verkehrsbeeinträchtigungen während der Bauphase und dem erforderlichen Ausschluss einer Blendwirkung. Die Aspekte sind in der Planung berücksichtigt bzw. wurden entsprechend angepasst. Wegen der erforderlichen Einhaltung eines Mindestabstandes von 4 m zwischen Wildschutzzaun zur Bundesautobahn und Anlagenzaun des Sondergebiets ergab sich hier noch eine kleinflächige Anpassung/ Reduzierung des Sondergebiets zugunsten einer Vergrößerung der rahmenden Grünflächen.
Vom Wasserwirtschaftsamt Deggendorf – Servicestelle Passau wurde auf den „Praxis-Leitfaden für ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ des LfU hingewiesen, der bei der Planung zum Sondergebiet berücksichtigt wurde.

Von den weiteren beteiligten Trägern öffentl. Belange sind keine Einwände/ Bedenken oder keine Stellungnahmen eingegangen. Im Verfahren nach § 4 (2) BauGB sind keine Einwendungen / Bedenken vorgebracht worden, lediglich noch Hinweise/ Verweise auf die bish. Stellungnahmen.

6. Hinweis auf die weiteren Unterlagen/ Ausführungen

Weitere Ausführungen siehe in den Unterlagen zu Änderung des Flächennutzungsplans mit integr. Landschaftsplan der Gemeinde Tiefenbach durch Deckblatt Nr. 13

(i.S. „Sondergebiet Sonnenenergie Eicht“)

Stand v. 14.06.2018/ Feststellungsbeschluss v. 28.06.2018

- Verfahrensvermerke und Übersicht
- Plan bisher. rechtskr. Stand und Darstellung Änderung durch Deckblatt 13 mit Legende/plan. Festsetzungen
- Begründung und Umweltbericht nach § 2 Abs.4 und §§ 2a und 4c BauGB und 2 Übersichtskarten als Anlagen im Hinblick auf Alternativenprüfung

Wallersdorf

Tiefenbach, den



Planungsbüro Inge Haberl
Wallersdorf

Bgm. Georg Silbereisen, 1. Bürgermeister
Gemeinde Beutelsbach